

»Die gegenwärtig herrschende Politik ist zur Bedrohung für uns alle geworden. Mehrheitsfähige Alternativen jenseits von Sozialabbau, Illiberalismus und Kampfeinsätzen der Bundeswehr im Ausland werden gesucht. Die Koalition der etablierten Parteien in Bonn spielt mit der Angst vor Verarmung, Krieg und Katastrophen. Wir dagegen suchen nach neuen Chancen für den gemeinsamen Weg ins 21. Jahrhundert.«

Zu viele, so Gysi, redeten nur über die Bedrohungen:

»Lassen Sie uns auch von den Chancen reden, bevor sie zerstört worden sind.« Realen, aber auch herbeigeredet oder durch Pessimismus eines angeblich alternativlosen Weiter-So verursachten Gefährdungen setzt Gysi seine Alternativen entgegen: »Wir können wählen zwischen Machtpolitik und einer Politik, die wirklich die Vermittlung der verschiedenen Interessen verfolgt. Wir können zwischen der illusionären Stabilisierung der Gesellschaft des 20. Jahrhunderts oder dem zukunftsweisenden Umbau dieser Gesellschaft wählen. Wir haben die Wahl zwischen sozialem Krieg und einem neuen Gesellschaftsvertrag.«

Der frühere Generalsekretär der Sozialistischen Internationale, Hans Janitschek, meinte im April 1993:

»Wenn es die PDS nicht gäbe, müßte sie erfunden werden.«
Die PDS ist dabei, sich zu finden.

Gregor Gysi · Ingolstädter Manifest

Wir - mitten in Europa

Plädoyer für einen neuen Gesellschaftsvertrag



PDS



Gregor Gysi · Ingolstädter Manifest

Wir – mitten in Europa

Plädoyer für einen neuen Gesellschaftsvertrag

Dieses Manifest wendet sich an alle in Deutschland lebenden Menschen. Es ist ein Angebot zum Gespräch – zum Gespräch über unsere Zukunft.

Die gegenwärtig herrschende Politik ist zur Bedrohung für uns alle geworden. Mehrheitsfähige Alternativen jenseits von Sozialabbau, Illiberalismus und Kampfeinsätzen der Bundeswehr im Ausland werden gesucht.

Die Koalition der etablierten Parteien in Bonn spielt mit der Angst vor Verarmung, Krieg und Katastrophen. Wir dagegen suchen nach neuen Chancen für den gemeinsamen Weg ins 21. Jahrhundert.

Immer neue Schritte werden getan, die uns in Ost und West, Arm und Reich, Arbeitslose und Erwerbstätige, Frauen und Männer, Deutsche und hier lebende Migrantinnen und Migranten zu spalten suchen und damit das Schicksal der Weimarer Republik beschwören. Wir dagegen fragen nach einem neuen Gesellschaftsvertrag, der uns allen gemeinsam neue Möglichkeiten eröffnet.

Wir haben die Vision einer lebenswerten Welt. Als Sozialistinnen und Sozialisten wollen wir dazu beitragen, um jene noch unbeschrittenen Wege zu finden, durch die die Menschenrechte auf Freiheit, Solidarität und demokratische Mitbestimmung, auf Arbeit, Wohnung und Gesundheit, auf Frieden und Naturerhaltung unter den radikal veränderten Bedingungen durchgesetzt werden können.

1. Lassen Sie uns über Chancen reden

Zu viele in Deutschland reden nur über die Bedrohungen. Lassen Sie uns auch von den Chancen reden, bevor sie zerstört worden sind.

Zu viele hier wollen wieder nur Kontinuität ohne Erneuerung. Wie die Honecker-Führung in den 80er Jahren. Lassen Sie uns dagegen neue Möglichkeiten erkunden, sonst wird unsere Zukunft vertan.

Zu viele kämpfen nur um ihren Anteil am kleiner werdenden Kuchen. Lassen Sie uns anfangen, das Brot des 21. Jahrhunderts für alle zu backen.

Die Botschaft, die uns täglich verkündet wird, ist erschreckend einfach: Wir, die wir in Deutschland leben, seien bedroht.

Wir seien bedroht durch die Japaner oder zum Beispiel die Südkoreaner, die uns nieder konkurrieren könnten, so daß wir verarmen würden. Deshalb müßten wir

so werden, wie sie angeblich sind. Auf deutsch soll dies heißen: Steuerbegünstigungen für die Reichen und Sozialabbau bei den Armen, weniger und unsichere Arbeitsplätze, Frauen an den Herd, weniger Rücksicht auf die Ökologie, »Ausländer raus«. Humanität rechne sich nicht mehr. Soll daraus wirklich neue Produktivität erwachsen?

Wir seien bedroht durch Rußland und den Islam, die uns in neue Kriege hineinziehen könnten. Deshalb müßten wir uns wappnen. Auf deutsch soll damit gesagt werden: Sicherheit durch schnelle militärische Eingreiftruppen, Abschreckungskapazitäten und der nukleare Knüppel. Werden wir damit wirklich sicherer?

Wir seien bedroht durch die Verelendung, durch Aids, durch Umweltkatastrophen in der Dritten Welt. Deshalb müßten wir uns sie vom Halse halten. Auf deutsch gesprochen: Asylantagsteller werden abgeschoben, Rüstungsexporte für »unsere Freunde« vor Ort, Geld, das sie noch abhängiger macht von uns. Und damit wollen wir uns wirklich retten?

Zu viele reden über Bedrohungen und schüren Ängste. Die Vorschläge sind fast durchgehend defensiv und wiederholen die Fehler der Vergangenheit. Dabei gibt es Chancen wie nie zuvor. Vieles, woran anzuknüpfen wäre. Und völlig neue Möglichkeiten. Warum spricht kaum jemand über sie?

So viel Zukunft und nichts als Angst? Wer bedroht eigentlich wen? Und warum? Sind nicht wir selbst es, die vor allem die Chancen zerstören, weil wir uns und die Gesellschaft nicht zu öffnen vermögen für die neuen Möglichkeiten? Weil wir keine Alternative finden zur Vierjahresverwaltung durch die etablierten Parteien, die nur den Status quo kennen. Weil wir den Markt nicht so umzubauen vermögen, daß er Arbeitsplätze für alle schafft und naturerhaltend wirkt. Weil wir das »Frieden schaffen mit viel weniger Waffen« und durch kollektive Sicherheit immer noch nicht gelernt haben. Weil wir uns diese Ohnmacht tagtäglich neu einreden lassen?

Lassen Sie uns zurückblicken auf die letzten fünf Jahre:

Die großen Chancen der Vereinigung der beiden deutschen Staaten wurden durch Beitritt und Anschluß bewußt zerstört. Die Bundesrepublik sollte so bleiben, wie sie war. Deshalb wird sie jetzt so schlecht wie nie zuvor. Die von den Herrschenden betriebene Blockade einer demokratischen und sozialen Veränderung der Bundesrepublik erweist sich als das wirksamste Instrument der Konservativen und Rechten, die sozialen, demokratischen und rechtsstaatlichen Standards der BRD zu verringern. Anstelle einer neuen gemeinsam und öffentlich diskutierten Verfassung wurde zuerst die Deutsche Mark eingeführt. In Deutschland seit 1929 nicht gekannte Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit und Verarmung sind die Folgen.

Die großen Chancen des KSZE-Prozesses wurden durch den Alleinvertretungsanspruch der NATO und der WEU bewußt untergraben. Sie sollten so bleiben, wie sie im Kalten Krieg geworden waren; die WEU gar soll ausgebaut

werden. Anstelle der Entmilitarisierung der DDR sind die neuen Bundesländer heute östlicher Standort der Bundeswehr. Nun fehlen handlungsfähige Sicherheitssysteme im Osten und Süden Europas. Wir haben Krieg und Hunderttausende Tote, Millionen Flüchtlinge, unzählige vergewaltigte Frauen, verwaiste Kinder.

Die großen Chancen eines Übergangs zu ökologischer Entwicklung wurden in RIO und danach den Hochtechnologieschlachten auf dem Weltmarkt geopfert, die nur eines zum Ziel haben: die jetzige Art von wirtschaftlicher Macht und Weltwirtschaftsstrukturen zu bewahren. Die ökologische Katastrophe rückt immer näher. Und Milliarden Menschen leben schon heute in einer durch Hungertod und Krankheit gezeichneten sozialen Dauerkatastrophe. Nur im Wettbewerb um einen höchstmöglichen Beitrag zur lebenserhaltenden Entwicklung überall wird Deutschland auch im 21. Jahrhundert ein gefragter Ort zu leben und zu arbeiten bleiben.

Die großen Chancen des Endes des Kalten Krieges wurden vor allem deshalb vertan, weil der Westen sich nicht ändern wollte. Das gewonnene Wetttrüsten und die Schlacht um höheren Konsum mit noch perfekteren Technologien zur Naturzerstörung werden als Menschheitssieg gefeiert. Dabei ist das Ende der Ära des Kalten Krieges nicht nur das Ende der alten Bonner Republik, sondern das Ende des Westens in seiner bisherigen Gestalt überhaupt. Wer dafür blind ist, wird dazu beitragen, daß dieses Ende besonders schlimm wird.

Wieso also werden immer nur Bedrohungen gezeichnet, wieso redet kaum einer der Mächtigen über neue Chancen? – Offensichtlich deshalb, weil diese Chancen nicht in den gegenwärtigen Strukturen der Wirtschaft, der Politik, der militärischen Sicherheit, des Verhältnisses zur Natur und damit der alten Bundesrepublik zu haben sind. Und die Veränderung dieser Strukturen verändert die Strukturen der Macht. Dies aber wird nicht gewollt.

Ohne solche Veränderungen jedoch werden die Entwicklungsmöglichkeiten immer geringer. Ganz nüchtern müssen wir feststellen: Die industrielle Produktionsweise, der Konsumismus und die bisherige Gestalt des Sozialstaates sind auch in Deutschland am Ende. Die heutigen Entwicklungsformen sind ausgereizt. Die offensive Veränderung ist zur besten Verteidigung von all dem geworden, was im letzten Jahrhundert für Menschen in diesem Lande und in Europa erkämpft wurde. Ohne solche Veränderungen kann nur noch jemand gewinnen, wenn andere verlieren. Deshalb wird von den Mächtigen so brutal an die Niederreißung der errichteten Bollwerke gegen soziale Armut gegangen, werden die Grenzen gegen Flüchtlinge dicht gemacht, wird nicht ab-, sondern vor allem um- und sogar aufgerüstet. Unfähig sich für einen neuen Gesellschaftsvertrag zu öffnen, wollen sie ihre Macht im Status quo bewahren. Und viele von uns tun mit, weil sie von Angst geblendet nicht ausgegrenzt werden wollen. An der Erhaltung dieses Status quo arbeiten nicht nur CDU, CSU und FDP, sondern auch SPD und Teile von Bündnis 90/Die Grünen mit.

Dabei gibt es Erfahrungen, an die erinnert werden muß. Gerade in Deutschland. Schon mehrfach schien die soziale Katastrophe unausweichlich, schon öfters wurde über Bedrohungen geredet, anstatt die neuen Chancen aufzudecken, wurden von den Ärmern und Schwächeren die Hauptopfer verlangt, damit die Reichen und Mächtigeren ihren Status quo aufrechterhalten konnten. Nicht zuletzt dies hat in den ersten Weltkrieg und in den Faschismus geführt.

Auch heute bedroht eine soziale Bewegung von rechts die Demokratie und elementare Menschenrechte. Im Namen der Verteidigung der alten Bundesrepublik wurden der Nationalismus, Expansionismus und Rassismus wieder politikfähig. Die Koalition zwischen CDU/CSU, FDP und einflußreichen Teilen der SPD hat solche Politik begünstigt. Der nationalistischen rechten Bewegung kann aber nur dann dauerhaft entgegengewirkt werden, wenn Veränderungen wieder zu einer Chance gerade auch für die sozial Schwächeren dieser Gesellschaft werden.

Wo geschichtlich Gewerkschaften, aufgeklärte Unternehmer, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit realisierbaren Projekten und Politikerinnen und Politiker mit humanen Visionen und einem pragmatischen Blick für neue Chancen antraten, konnte in Krisen der Weg in die Armut, die Reaktion und den Krieg versperrt werden. Sozialstaat, soziale Einhegung des kapitalistischen Marktes, New Deal waren einmal erfolgreich gegen den sozial verantwortungslosen Staat, gegen die absolute Macht des Kapitals auf dem Arbeitsmarkt und gegen die Ideologie der Ungestaltbarkeit der Marktwirtschaft angetreten. Sie haben den Pessimismus eines alternativlosen Weiter-So mehrfach Lügen gestraft. Heutige Veränderungen müssen viel weitreichender sein, und sie können viel erfolgreicher werden.

Es gibt Auswege. Sie sind keinesfalls in einer Verschlechterung des Status quo zu suchen und schon gar nicht in einer staatssozialistischen Zerschlagung der Institutionen des Marktes oder der gewaltenteiligen Demokratie. Gerade aus deren Wandel können die neuen Chancen für alle und neue Formen der Solidarität erwachsen. Dazu bedarf es der Phantasie, des Wollens und des Muts. Den Politikerinnen und Politikern sind sie fast völlig ausgegangen. Der Verstand aller ist gefragt, denn alle sind durch die gegenwärtige Politik bedroht. Mit ihnen gemeinsam müssen die Durchbrüche zu neuen Chancen entdeckt, diskutiert und durchgesetzt werden.

2. Lassen Sie uns über Deutschland reden

Die Rolle Deutschlands hat sich radikal verändert. Es ist als stärkster europäischer Staat wieder zur Mitte des Kontinents geworden. Unseren Nachbarn wurde rasch klar, daß mit dem Ende des Kalten Krieges auch das Ende der bisherigen Kräfteverhältnisse in Europa gekommen war. Das Nachdenken über die künftige Rolle Deutschlands in Europa war von Hoffnungen und Erwartungen, aber auch von Besorgnissen, ja Ängsten begleitet.

Würde das nunmehr in jeder Hinsicht vergrößerte Deutschland ein neuer Goliath werden, der die Ordnung des neuen Europa in seine Hände nehmen würde? Würde dieses Deutschland nicht preußischer werden, als es Preußen je war? Drohte ein deutsches Europa? Andererseits, so war zu hören, könnte Deutschland gut als Puffer gen Osten dienen, alle Gefährdungen abfangen, die aus den politischen, wirtschaftlichen und ethnischen Turbulenzen im Osten Europas in Richtung Westen wiesen. Deutschland könnte eine Brücke sein zwischen Ost und West, der Helfer in der Not, der große Investitionsplatz und neue Markt, das Vorbild für Transformationen. Das Land mit dem wirtschaftlichen Standortvorteil schlechthin. Die Rolle Deutschlands ist so umstritten wie eh und je.

Die Herrschenden in Europa und den USA sehen vor allem die Alternative von machtpolitischem Gewinn oder Verlust. Sie versuchen, die neue europäische Rechnung aufzumachen. Deutschland ist darin die große Unbekannte. Die alte Logik des Siegens oder Verlierens beherrscht wieder die öffentliche Meinung. Die Antwort der Herrschenden in Deutschland ist in derselben Sprache abgefaßt. Ihre Strategie geht dahin, aus Deutschland endlich ein »normales« Land zu machen und direkte Machtpolitik zu betreiben. Und als nunmehr »normales« Land könne man endlich ganz unbefangen, ja ungeniert die dem Land zustehende Hegemonialrolle übernehmen. Als demokratischer Musterknabe, als Exportweltmeister, als 80-Millionen-Volk im Herzen Europas stünde uns das zu, meinten die Herrschenden.

So wird seitdem munter über die öffentliche Meinung Politik gemacht. Man will es Deutschland zeigen und Deutschland zeigt es den anderen. Drohen und Fordern, Argwöhnen und Klagen – es ist allemal Machtpolitik, die so daherkommt.

Deutschland soll nach dem Willen der Herrschenden ein »normales« Land in Europa und eine Hegemonialmacht zudem werden. Das aber kann nicht im Interesse der in Deutschland lebenden Menschen sein. Das verbietet uns schon die Vergangenheit. Aus der Geschichte können und dürfen wir uns nicht entlassen. Wer wie Deutschland mit zwei Weltkriegen und dem Holocaust Schuld auf sich geladen hat, wer soviel historische Verantwortungslosigkeit gezeigt hat, der sollte ein unlösbares Problem mit jeder Art von Großmachtpolitik haben. Wir sind verpflichtet, mit Konflikten und Krisensituationen besonders verantwortungsvoll umzugehen.

Wo aber war diese Verantwortung, als die Herrschenden mit der Anerkennung

Kroatiens Realitäten schufen, die zu den heutigen Kriegen und unserer Ohnmacht beitragen? Wo war sie, als die Herrschenden sich mit Bundeswehreinmächtigkeiten in Somalia einen Platz im UN-Sicherheitsrat kaufen und beweisen wollten, daß der Nord-Süd-Konflikt militärisch beherrscht werden müsse? Wo war diese Verantwortung, als entschieden wurde, sich gegen Flüchtlinge abzuschotten, obwohl die herrschende Politik täglich ihren Beitrag leistet, die Fluchtursachen zu schaffen oder zu verstärken? Wo bleibt sie, wenn deutsche Zinspolitik dazu genutzt wird, die Kosten der deutschen Vereinigung auf die schwächeren Volkswirtschaften der Nachbarn zu verteilen? Sie fehlt völlig, wenn das »Weiter so!« und das »Hin zur Normalität« politische Hauptmaxime ist. Ein »normales Deutschland« war und ist eine Katastrophe für uns und Europa.

Verantwortung speist sich aus der Geschichte. Sie bewährt sich im Angesicht einer zu gestaltenden Zukunft. Lehren aus der Geschichte zu ziehen, sollte für uns in Deutschland heißen, die eigenen Chancen zu erkennen und sie politisch zum Wohle aller zu nutzen. In allem, was Deutschland machtpolitisch zum »Vorteil« geraten könnte, seiner exponierten geostrategischen Lage, seinem enormen Wirtschaftspotential, seiner Bevölkerungsgröße, stecken neben Gefahren und Bedrohungen auch Entwicklungspotentiale für den Umbau der Gesellschaft. Sie müssen wir freisetzen.

Manches, was Deutschland an politischen Strukturen und Institutionen entwickelt hat, was nach 1945 aus Amerika den Deutschen im Westen aufgezwungen und nach 1968 erworben wurde, was sich im Osten mit der Bindung an die Sowjetunion und der demokratischen Bewegung von 1989/90 ergab, enthält die Chance für uns, ganz neue Wege zu gehen. Dazu gehören der Föderalismus und die Abneigung gegen den Gebrauch von Gewalt nach innen und außen, die noch immer starken Gewerkschaften und die Erinnerung an Runde Tische. Dazu gehören die engen Bindungen an unsere Nachbarn im Westen wie im Osten, die doppelt geteilte und doppelt erlebte Nachkriegsgeschichte. Dazu gehört das Erlebnis des Zusammenbruchs diskreditierter politischer und wirtschaftlicher Strukturen und die noch nicht verarbeitete Erfahrung, daraus viel zu wenig gemacht zu haben. Dazu gehört das immer noch relativ starke Gefüge eines sozialen Schutzes und das Wissen von 16 Millionen, daß es möglich war, ohne soziale Ängste zu leben.

Wir haben die Chancen, einer anderen Logik der Konfliktlösung, einer anderen Logik der Durchsetzung der eigenen Interessen in Deutschland und in Europa zu folgen. Wir können wählen zwischen dem Weg des Siegens und Verlierens und dem Weg der Kooperation und des gemeinsamen Vorteils. Wir können wählen zwischen Machtpolitik und einer Politik, die wirklich die Vermittlung der verschiedenen Interessen verfolgt. Wir können zwischen der illusionären Stabilisierung der Gesellschaft des 20. Jahrhunderts oder dem zukunftsweisenden Umbau dieser Gesellschaft wählen. Wir haben die Wahl zwischen sozialem Krieg und einem neuen Gesellschaftsvertrag.

3. Wege in die Zukunft.

Politik ist möglich!

Die bislang letzte große Stunde der Politik in der Bundesrepublik war 1989/90. Es war die blinde Politik des Anschlusses um jeden Preis. Es war der Versuch der Nichtveränderung der BRD. Es war Nichtpolitik. Sie hat einen Großteil jener Chancen zerstört, die wieder einmal durch und für Menschen in Deutschland entstanden waren. Heute ist der Anschluß der DDR nur noch dazu gut, den Abbau des Schutzes gegen Armut, Spaltung des Arbeitsmarkts, Mietexplosion zu rechtfertigen. Aus den Demonstranten von 1989 wurden millionenfach Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger gemacht. Von 1,7 Millionen Beschäftigten, die 1989 in der DDR über 52 Jahre alt waren, haben ganze 0,3 Millionen heute noch Arbeit. Sie sind im eigenen Leben oft ohnmächtiger geworden als je zuvor. Politisch zählen sie nur als Wahlvolk, das man mit falschen Versprechungen geködert hat und nun nicht los wird. Es ist ein Skandal, daß Menschen nach formellen Kriterien der »Staatsnähe« zur DDR das allereinfachste staatsbürgerliche Recht, das Recht gewählt zu werden, abgesprochen werden soll. Es ist ein totalitärer Machtanspruch, wenn den Wählerinnen und Wählern wieder das Recht auf eine freie Entscheidung über ihre Kandidatinnen und Kandidaten genommen werden soll.

Die politischen Institutionen Deutschlands scheinen nur noch zur Verwaltung des Gegebenen und zur Veränderung zuungunsten der Schwächeren und auf Kosten von Zukunft geeignet zu sein. Für die dabei auftretenden Katastrophen wird nach Sündenböcken gesucht. Dazu aber gibt es Alternativen. Sie wurden 1989 diskutiert und seitdem totgeschwiegen. Lassen Sie uns darüber wieder sprechen.

Die Dritte Stimme

Bei Wahlen können die Stimmen nur für Personen und Parteien abgegeben werden. Wieso nicht auch für nichtstaatliche Organisationen mit einzelnen Sachthemen wie Umweltschutz, Feminismus, Dritte-Welt-Problemen, Altersfürsorge, Drogenschutz usw.? Wieso sollten wir nicht durch eine Dritte Stimme entscheiden, daß ihnen und eben nicht den staatlichen Bürokratien Gelder zur Verfügung gestellt werden, um einen Beitrag zur Lösung jener Probleme zu leisten, die uns am wichtigsten scheinen. Je mehr Stimmen solche Organisationen auf sich vereinigen können, desto mehr Geld müßte ihnen aus dem Bundeshaushalt bzw. den Länderhaushalten zur Verfügung gestellt werden. Anstatt über Benzin-, Alkohol- und Tabaksteuern Gelder in anonyme Fonds abzuziehen, auf die wir keinen Einfluß haben, deren Verwalter uns niemals Rechenschaft ablegen, sollten wir zunächst einmal fünf Prozent der öffentlichen Haushalte per Dritte Stimme verteilen – direkt durch uns bestimmt und uns gegenüber abrechenbar. Ein Stück mehr Souveränität hätten wir gewonnen. Wir, die eigentlich Betroffenen, würden einige Entscheidungen wieder selbst fällen. Ein Stück Zukunft läge in

unseren eigenen Händen. Eine Reihe von Problemen könnte endlich ohne Vater Staat gelöst werden.

Die zweite Kammer

Die Parteien und Bürokratien entscheiden zu oft unser Schicksal. Der einzige Weg, der dann Betroffenen bleibt, ist der Gerichtsweg. Das ist eine Waffe der Schwachen, aber oft auch eine schwache Waffe, denn Recht haben und Recht bekommen, ist häufig zweierlei und muß allzu oft durch hohe finanzielle Vorleistungen zusammengeführt werden. Und die Waffe des Rechts ist defensiv. Wir aber brauchen die direkte politische Mitbestimmung durch die sozialen Kräfte dieser Gesellschaft und vor allem durch jene, die sich sonst nicht Gehör verschaffen können. Neben dem Bundestag der Parteien sollte es eine Bundeskammer der sozialen Bewegungen geben, in die hinein Interessenverbände gewählt werden: Gewerkschaften und Unternehmer, Umwelt- und Mieterverbände, Initiativen von Menschen mit Behinderungen, Interessenvertreter ausländischer Bürgerinnen und Bürger, Organisationen der Arbeitslosen und Frauenbewegungen, Verbände der Schwulen, Amnesty International, die Volkssolidarität oder Greenpeace. Sie sollten das Recht auf die Vorbereitung und das Einbringen eigener Gesetze, auf die Diskussion von Gesetzen des Bundestages und deren zeitweilige Zurückweisung bei Entscheidungen haben, die tief in das Leben von Betroffenen eingreifen. Einige Teile der Haushaltsentscheidungen müßten an diese Kammer abgegeben werden.

Bis zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West sollen die Ostdeutschen eine eigene Kammer wählen können, die mit Initiativ- und Einspruchsrechten gegen die Benachteiligungen Ostdeutscher wirksam werden sollte.

Das erste und letzte Wort

Angesichts des Irrsinns von gegenwärtiger Politik macht der Vorwurf, das Volk sei zu dumm, sich selbst direkt zu regieren, erst recht keinen Sinn. Die Schweiz praktiziert fünfhundert Jahre schon die unmittelbare Demokratie der Volksabstimmungen. Ein Faschismus blieb aus. Vor einiger Zeit haben mehr als 40 % für die Abschaffung der Armee gestimmt. Durchbrüche aus den politischen Sackgassen einer Parteienherrschaft sind nicht über wechselnde Mehrheit bei Wahlen zu erreichen. Das Volk selbst kann in öffentlichen Diskussionsprozessen über jene einzelnen Punkte wie soziale Grundsicherung, Sicherung des Rechts auf Arbeit und Wohnung oder Abschaffung des § 218 entscheiden. Schlechter kann es dadurch nicht werden. Besser allemal.

Alle Lebensweise beruht auf Arbeit

In Europa gibt es mehr als 70 Millionen Erwerbslose. Gleichzeitig wird die allernotwendigste Arbeit für die Lösung elementarer menschlicher Existenzprobleme nicht geleistet. Während die einen durch Arbeitsdruck oftmals überfordert werden, werden die anderen als »nichtverwertbar« ausgestoßen. Die alltäglichsten Selbstverständlichkeiten – Arbeit, Wohnung, gesundheitliche Versorgung – sind heute nicht mehr sicher. Dies ist zumindest in einigen Bereichen ein Rückschritt um Jahrzehnte.

Gesellschaftlich nützliche und bezahlte Arbeit als Lebensmöglichkeit für alle ist und bleibt unersetzbar. Erst durch Arbeit werden Menschen über ihre Familie hinaus in die Gesellschaft dauerhaft integriert. Bezahlte Arbeit ist der wichtigste gesellschaftliche Zusammenhalt. Ohne sie ist – wie Ende der zwanziger Jahre – die Möglichkeit jedes Grundkonsenses und jeder Demokratie im Kern zerstört. Mit dem Ausschluß aus der Erwerbstätigkeit und der Nichtanerkennung vieler Arbeiten als Erwerbstätigkeit schwinden oder verschwinden die Chancen für ein selbstbestimmtes Leben, für eine eigenständige soziale Sicherung, für ein vollwertiges Leben. Die achtziger Jahre und die Jahre seit 1989 haben diese Chancen vor allem und zuerst vielen Frauen, Jugendlichen, Ausländerinnen und Ausländern, Menschen über 45 und Menschen mit Behinderungen genommen. Im Osten Deutschlands sind zwei Drittel der 52- bis 54jährigen ohne Arbeit. Öffentliche Meinungsfreiheit und freie und geheime Wahlen sind die ersten Staatsbürgerrechte. Das Recht auf bezahlte und gesellschaftlich nützliche Arbeit sowie auf bezahlbare Wohnung sind die ersten Menschenrechte. Das Ausstoßen in längere Arbeitslosigkeit ist ein Verbrechen. Politiker, die derartig elementare Rechte vielmillionenfach nicht zu verwirklichen vermögen, haben abgewirtschaftet. Doch die Alternativen liegen auch hier auf dem Tisch.

Runde Tische der Arbeitspolitik braucht das Land

Für sechs Monate sollte der öffentliche Dienst und sollten die großen Unternehmen nicht entlassen dürfen. Die soziale Ausgrenzung muß zunächst einmal gestoppt werden. In dieser Zeit sind an Runden Tischen Konzeptionen zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu diskutieren und zu vereinbaren. Betroffenen muß die Chance gegeben werden, Auswege selbst zu finden. Alle Phantasie wird gebraucht, um zunächst einmal das Anwachsen der Massenarbeitslosigkeit zu verhindern, sie dann zu reduzieren und schließlich zu überwinden. Dazu sind neue Arbeitszeitmodelle, die Verkürzung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit und steuerpolitische Regelungen zugunsten der Arbeitsplatzbeschaffung und zulasten ihrer Vernichtung einzuführen. Die Bundesanstalt für Arbeit und die Arbeitsämter müssen aus bürokratischen Verwaltungen der Arbeitslosigkeit in Organe aktiver arbeitsplatzschaffender Politik und vor allem der Förderung der Fähigkeit Betroffener, sich neue Arbeitsfelder zu erschließen, umgewandelt werden. Reproduzierende Arbeit in Bereichen der Familie, Kindererziehung, Pflege, der Kultur und der Naturer-

haltung ist für die Bewahrung und das Gedeihen der Gesellschaft unverzichtbar und muß endlich ihre Anerkennung und Bezahlung finden.

Gewerkschaften europaweit

Historisch waren es die Gewerkschaften innerhalb von Staaten, die den nationalen Arbeitsmarkt zivilisierten. Heute wird die Macht von Gewerkschaften und der Initiativen von Erwerbslosen für den Arbeitsmarkt der europäischen Union und den Bereich der KSZE gebraucht, um den Rückfall des Arbeitsmarkts in die Barbarei zu stoppen. Nur sie sind in der Lage zu sichern, daß Europa weiterhin durch hochqualifizierte und gutbezahlte Arbeitsleistungen auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleibt. Eine wirkliche Sozialcharta muß den Wettbewerb um billige und schlechte Arbeit stoppen. Diesen Wettbewerb würden wir übrigens zuallererst verlieren.

Das Wichtigste: Neue Nachfrage nach qualifizierter Arbeit

Fünfzig Jahre lang wurden die Industriegesellschaften in West und Ost vor allem durch die Nachfrage nach Konsumgütern und Rüstungsgütern angetrieben. Dies muß vorbei sein. Mehr Lebenschancen durch weniger Verbrauch und ohne Rüstung sind überlebensnotwendig.

Es gibt neue Arbeitsfelder, auf denen wir und unsere Fähigkeiten gebraucht werden. Nur durch sie werden Gegenwart und Zukunft gesichert. Eine ökologische Revolution der Produktions- und Lebensweise steht spätestens seit den 70er Jahren aus. Wohnungsbau, öffentlicher Nahverkehr, Bildung und Kultur, eine Umwälzung der gesamten Infrastruktur und Kommunikation, die Schaffung einer kinderfreundlichen und altersgerechten Gesellschaft verlangen nach unserer Arbeit. Dem Osten und Südosten Europas muß zur Selbständigkeit geholfen werden. Der mörderische Zyklus der Unterentwicklung im Süden ist zu durchbrechen. Auch hier wird nach uns gerufen. Es ist fast zu viel Arbeit da. Alle diese neuen sozialen, ökologischen und kulturellen Notwendigkeiten müssen dringend in zahlungsfähige Nachfrage verwandelt werden. Dies war vor hundert und vor fünfzig Jahren möglich. Es ist auch heute möglich. Dazu bedarf es wieder eines New Deal, eines neuen Gesellschaftsvertrags.

Der Wirtschaft eine Zukunft

Von der Wirtschaft hängt unsere Zukunft ab – Arbeit, Einkommen, soziale Sicherheit, Naturerhaltung, Solidarität. Und die Wirtschaft hängt davon ab, daß neue ökonomische Entwicklungschancen gefunden werden. Die sich selbst tragende Entwicklung im Süden, die Stabilisierung im Osten, ökologische Nachfrage im Westen sind die Säulen neuer Märkte. Sie sind nicht da, sondern müssen geschaffen werden. Dies sind die entscheidenden Felder verantwortungsvollen Unternehmertums am Ende des Jahrhunderts.

Kapitalressourcen für den sozialökologischen Umbau

Über 700 Mrd. DM haben deutsche Unternehmen als liquides Kapital ohne feste Anlage. Es lohnt sich offensichtlich zur Zeit nicht, sie in die Produktion zu investieren. Allein von 1990 bis 1992 wurden von Unternehmen und Handelsketten der alten Bundesländer rund 40 Mrd. DM zusätzliche Gewinne in den neuen Bundesländern gemacht. Auf das Neunfache, auf über 200 Mrd. DM, gestiegen sind in den vergangenen zwei Jahrzehnten die arbeitsunabhängigen Einkommen aus Vermögen in der Bundesrepublik. Weltweit werden täglich fast 1 Billion Dollar an Devisen gekauft und verkauft. Würde auf diese internationalen Umsätze von Finanzkapital eine Umsatzsteuer von einem Zehntel Prozent erhoben, so wären dies jährlich schon eine halbe Billion Deutscher Mark, die ihrer parasitären und weltwirtschaftlich bedrohlichen Verwendung entzogen wären. Eine Kürzung der weltweiten Rüstung auf die Hälfte würde etwa eine dreiviertel Billion DM freisetzen.

Die Kapitalressourcen sind also da. Sie müssen nur erschlossen werden. Und sie sind für die Schaffung einer Nachfrage zu nutzen, die dieses Kapital in neue Richtungen lenkt. Durchsetzung einer naturerhaltenden Produktions- und Lebensweise, Verwandlung von Elendsregionen der Erde in lebenswerte Landschaften, wo Menschen unsere Produkte brauchen und wir ihre, Ausbau verbindender Infrastrukturen zwischen Ost und West, Nord und Süd, ein Leben ohne soziale Angst braucht Kapital, verantwortungsfähiges Unternehmertum, vor allem aber unsere eigene Arbeit.

Den Markt gestalten

Eine globale ökologische und soziale Revolution steht ins Haus. Sie verlangt bewußtes Eingreifen in völlig neuen Größenordnungen. Sie muß den Markt gestalten, bevor er sich durch ein spontanes Weiter-So selbst zerstört hat. Wir sind weder so blind, daß wir den Markt beseitigen wollen, noch so pessimistisch, daß wir nicht glauben würden, ihn gestalten zu können.

Das Ende der Nachkriegsschönwetterperiode in der Wirtschaft, die Zivilisationskrise, die Unterentwicklung im Süden und die Transformationskrisen fordern den Wandel in der Regulation von Markt, Staat und Zivilgesellschaft heraus. Der Markt soll wesentliche Regulierungsfunktionen behalten. Die Nationalstaaten sollen ihre sozialen Standards in der Europäischen Union gegen

Ausgleichstendenzen nach unten verteidigen können. Gemeinsam mit europäischen Institutionen kommen ihnen in neuen Dimensionen strategische Aufgaben in der Technologie-, Struktur- und Beschäftigungspolitik zu. Aber die den supranationalen Organen zuwachsenden Aufgaben bedürfen nicht nur stärkerer Demokratisierung, sondern auch des Gegengewichts der Regionalisierung, der gemeinschaftlich und öffentlich verwalteten Fonds auf kommunaler Ebene, des organisierten Gemeinwohls auf unteren Ebenen. Die Verteilung der Finanzen nach unten muß den Einfluß der Betroffenen stärken.

Sich der Welt öffnen und Welt sein

Westeuropa muß seine Märkte für Ost und Süd öffnen. Dies ist schmerzhaft, da vieles anderswo billiger hergestellt wird. Es zwingt uns aber auch, die eigenen Stärken auszubauen und nicht weiter unsere Schwächen zu subventionieren. Die Chancen sind größer als die Gefahren.

Zugleich müssen wir die regionalen Märkte stärken – die eigenen und die in Osteuropa und Rußland, in Asien, Afrika und Lateinamerika. Der ökologisch zerstörerische Transport von vielen Alltagsdingen, die um die Ecke wachsen können, ist durch internationale Energie- und Rohstoffsteuern zu begrenzen. Verkehrsverminderung und -vermeidung sind notwendig und möglich. Die internationale Arbeitsteilung muß ökologisch und sozial sein. Sie soll Selbständigkeit erhöhen und nicht Ausbeutung befördern.

Frieden in Europa

Europa war der wichtigste Austragungsort des Kalten Krieges. Hier wurde er beendet. Der KSZE-Prozeß und die Menschenrechtsbewegungen, die Entwicklung von Formen kollektiver Sicherheit und die Friedensbewegungen haben diesen Kontinent zwei Jahrzehnte geprägt.

Dieses Erbe wird, anstatt es zu bewahren, verschleudert. An der Schwelle zum 21. Jahrhundert geht das Gespenst einer erneuten Nationalisierung der Außen- und Sicherheitspolitik in Europa um. Die seit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes aufgerissene Kluft in den wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus zwischen Ost- und Westeuropa, aber auch unter den West- und Südeuropäern, vertieft sich und birgt den Keim des nationalistischen und machtpolitischen Protektionismus in sich.

In Ost- und Südosteuropa liegen die Sprengsätze für weitere Territorialkriege, gewaltsame Verteilungskämpfe um Ressourcen und militanten Nationalismus bereit. Um diese Perspektive auszuschließen, reicht es nicht mehr aus, auf die Zivilisierung zwischenstaatlicher Beziehungen zu setzen. Ein »Weiter-So« der Europäischen Union und der NATO untergräbt den europäischen Einigungsprozeß und die westeuropäische Einheit selbst. Ob Europa im 21. Jahrhundert ein Modell mit zivilisatorischer Ausstrahlungskraft sein wird, entscheidet sich an der Überwindung der Ost-West-Kluft in Europa.

Die KSZE ist das einzige gesamteuropäische Friedensforum. Doch als mögliche Konkurrenz für die NATO und die WEU wurde die KSZE absichtlich zu einem Schattendasein verdammt, als hätte sie ihre Schuldigkeit während des Kalten Krieges getan. Die Westeuropäer wollten keine Entscheidungsvollmachten abgeben, und sie torpedierten die vielfältigen Bemühungen um den Ausbau von Mechanismen der Konfliktvorbeugung und gewaltfreien Konfliktlösung. Die NATO und die WEU sorgen sich primär um den Selbsterhalt und streben nach Ausweitung ihrer Interventionsmöglichkeiten jenseits des europäischen Vertragsgebietes. Zu einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem will sich die NATO auf absehbare Zukunft nicht umwandeln. Das Ende des Ost-West-Konfliktes haben NATO und WEU so als einzige Systeme kollektiver Sicherheit in Europa überlebt. Den osteuropäischen Staaten verweigert die NATO Sicherheitsgarantien, gleichzeitig möchte sie jedoch das Entstehen anderer regionaler Sicherheitssysteme verhindern. Sicherheit basiert für die osteuropäischen Staaten deshalb bestenfalls auf bilateralen Abmachungen. Lassen wir uns aber die Alternativen zu diesen verhängnisvollen tödlichen Entwicklungen nicht hinwegreden.

Das Primat der Menschenrechte

In feierlichen Erklärungen hat sich Europa am Ausgang des Kalten Krieges dem Primat der Verwirklichung der Menschenrechte als ultima ratio der Politik verpflichtet. Die in den KSZE-Dokumenten beschworene europäische Wertegemeinschaft konnte jedoch eine Integration nicht automatisch nach sich ziehen. Solange den Westeuropäern nämlich die eigene Besitzstandswahrung näher steht als menschliche Würde, individuelle Freiheit, Minderheitenrechte, bürgerliche Rechte und Pflichten, werden moralischer Nihilismus und »Realpolitik«, wie sie gegenüber dem ehemaligen Jugoslawien praktiziert wurden und werden, ihre Fortsetzungen finden.

Frieden in Europa heißt, den europäischen Anspruch der KSZE-Werte ernst zu nehmen und nicht auf dem Altar staatlicher Souveränitätsrituale zu opfern. Frieden heißt, multiethnische Staatsbürgergemeinschaften bewußt zu fördern, um Beispiele für das Zusammenleben zu setzen. Frieden heißt, die KSZE-Werte als schützenswertes kollektives Gut zu begreifen. Frieden heißt, schnellstmögliche politische Integration. Und Frieden heißt, die Entwicklungspolitik gegenüber Osteuropa als kollektive Aufgabe zu begreifen – durch bewußte Förderung von gesamteuropäischer Integration und osteuropäischer Reintegration, durch interregionale Kooperation, Öffnung von westeuropäischen Märkten und durch Verdichtung der Kommunikation, des Verkehrs und des Tourismus.

Abschaffung nationaler Streitkräfte

Das militärische Gewaltmonopol von Staaten ist eine der größten Gefahrenquellen. Es muß beseitigt werden. Regionale und überregionale Systeme kollektiver Sicherheit sind die wichtigsten Garanten einer friedlichen Welt. Durch Entmilitarisierung ist die Fähigkeit von Staaten zu beseitigen, Kriege zu führen. Dadurch

kann Deutschland der Verführung entgehen, wieder zu einer kriegsführenden nationalen Macht in der Welt zu werden. Das in Jahrzehnten der Überrüstung aufgehäufte militärische Sprengmaterial für Bürgerkriege ist zu vernichten, Rüstungsexporte sind zu verbieten. Nationale Streitkräfte oder Militärbündnisse wie die NATO sind nicht zur Beilegung dieser Konflikte in der Lage.

Dies erfordert einen neuen Staatenvertrag. Etablierte Sicherheitspolitik versucht, selbst herbeigeführte oder verschärfte Krisen militärisch zu lösen. Ihre – scheinbaren – Lösungen sind oft genug Ausgangspunkt für neue und noch bedrohlichere Konflikte. Die allgemeine Ratlosigkeit angesichts unentwirrbarer Komplexität einmal ausgebrochener Kriege zeugt vom Desaster dieser Politik. Auswege aus der entstandenen Situation sind alles andere als einfach. Aber es gibt realistische Alternativen. Kriegsverhindernde Sicherheitspolitik kann mit dem Aufbau eines Systems frühzeitiger Erkennung von Konflikten und politischer Krisenvorbeugung beginnen. Die Abgabe sicherheitspolitischer Souveränitätsrechte an demokratisierte gesamteuropäische Institutionen würde einem System kollektiver Sicherheit auf dem europäischen Kontinent eine wirksame Grundlage geben. Das Militär wäre dann kein Beleg der Eigenstaatlichkeit mehr, sondern Ausdruck der gesamteuropäischen Bereitschaft zum Schutz der Rechte und Lebensmöglichkeiten jedes einzelnen. Es würde einen Beitrag leisten zur prinzipiellen Verringerung seiner gesellschaftlichen und politischen Rolle und den bisher versperrten Weg zur Entmilitarisierung öffnen.

Die Förderung regionaler Integration

Der Frieden und die gemeinsame Entwicklung in Europa sind nur möglich, wenn Wege der Reintegration Osteuropas und des Balkans auf neuer gleichberechtigter Grundlage und zum wechselseitigen Vorteil gefunden werden. Die Europäische Union und die WEU sind nicht in der Lage, als einzige europäische Zentren der Integration zu wirken. Aus der Erfahrung mit dem Anschluß der DDR wissen wir, daß dieser Weg zur Vernichtung der gesamten wirtschaftlichen Potentiale führt. Im Umgang mit den Konflikten auf dem Balkan und im Kaukasus wurde begriffen, daß Westeuropa nicht in der Lage und willens ist, dort Frieden zu stiften.

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung und die gemeinsame Sicherheit sowie der Schutz der Menschenrechte müssen durch die Völker und Staaten der verschiedenen Regionen Europas vor allem selbst und gemeinsam mit ihren unmittelbaren Nachbarn ermöglicht werden. Sie bilden die wichtigsten Märkte, die bedeutungsvollsten Verbündeten und entscheidenden Garanten gemeinsamen Wohls und Wehes.

4. Die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) wird gebraucht

Wenn es die PDS nicht gäbe, so müßte sie erfunden werden, meinte der frühere Generalsekretär der Sozialistischen Internationale, Janitschek, im April 1993. Und wir sind immer noch dabei, sie als alternative, als sozialistische und als zivilgesellschaftliche Partei zu erfinden.

Die PDS profiliert sich als alternative Partei: Weil wir 1989 gesehen haben, wohin es führt, wenn machtborniert die Zeichen der Zeit verkannt und Alternativen verhindert werden, wenden wir uns dagegen, daß wieder bis fünf nach Zwölf gewartet wird. Historische Möglichkeiten können zerstört werden und verschwinden. Es ist falsch zu warten, bis die Katastrophe den Kern der Gesellschaft erfaßt hat. Einer Politik des »Weiter-So!« gilt unser entschiedener Widerstand.

Die PDS steht in sozialistischen Traditionen: Antimilitarismus, soziale Verantwortung und Kampf um Demokratie sind Erbteile, zu denen wir uns bekennen. Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Paul Levi bleiben unsere politischen Vorläufer. Eine Gesellschaft, wo die freie Entwicklung eines jeden einzelnen zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist, stellt unseren Maßstab dar. Der Schutz der elementaren sozialen Menschenrechte steht im Mittelpunkt. Die Position der PDS in der Suche nach und in der Auseinandersetzung um gesellschaftliche Alternativen ist sozialistisch.

Die PDS strebt nach einer Stärkung der Zivilgesellschaft: Die Kraft zur Veränderung und die Fähigkeit zum Widerstand gegen die Verführungen des Rassismus und Wirtschaftsnationalismus sowie der Machtpolitik speisen sich, wie wir immer wieder erfahren haben, aus einer kritischen Öffentlichkeit, starken sozialen Bewegungen und der Selbstorganisation der Betroffenen. Der herrschenden Machtpolitik stellen wir die Politik der Zivilgesellschaft gegenüber.

In Brandenburg und in Ostberlin ist die PDS 1992/93 zur zweitstärksten Partei gewählt worden. 56 Prozent der Ostdeutschen sind nach einer Infas-Umfrage der Meinung, daß sich die PDS wesentlich von der SED unterscheidet. In der gesamten Bundesrepublik hat sie in Umfragen Anfang 1994 erstmals mehr als 5 Prozent erhalten. Sie ist eine Partei, die aus dem Osten Deutschlands, aus der DDR und deren Scheitern kommt. Gescheitert 1989 und gescheitert, wie wir glauben, 1994 ist sie längst auch im Westen der Bundesrepublik angekommen. Die Kraft der PDS, diesen Sachverhalt auch bekanntzumachen, ist noch gering, die Notwendigkeit für die Linke und die Demokratie in der BRD, dies zu tun, ist groß. Tragen Sie mit dazu bei, die Unkenntnis über die PDS auszuräumen. Im Wahlkampf der PDS 1990 forderten wir von uns selbst: »Vom Hochmut der Macht zur Demut der Demokratie!« Das bleibt unser Credo, aber es wird nicht Demut sein, womit wir um Demokratie ringen und uns gegen die Zerstörung von Menschenwürde wenden.

Weil unsere Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten millionenfach die Erfahrung politischer Ausgrenzung erfahren, haben wir den Wert liberaler Grundrechte begriffen. Wir wissen aus der Erfahrung vor und nach 1989, wohin es führt, wenn mit »guten« Beweggründen liberale Grundrechte eingeschränkt und Berufsverbote verhängt werden. Die Mittel siegen am Ende immer über die »hehren« Ziele. Das veränderte Deutschland darf nicht mit totalitären Mitteln aufgebaut werden. Das Verhältnis zur PDS ist ein Gradmesser der Liberalität in Deutschland geworden. Sie verkörpert ein Stück Zukunft und ist Teil der Chancen für uns alle, die wir erkämpfen müssen.

Der Umschlag entstand unter Verwendung
der Lithografie »Galileo Galilei« von Fritz Cremer,
die Frau Christa Cremer, Berlin,
freundlicherweise zur Verfügung stellte.

Herausgegeben vom Wahlbüro der PDS
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Spendenkonto für den Wahlkampf 1994:
Konto-Nr. 13 225 731, Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00
Kennwort: PDS 94

Schutzgebühr: 3,- DM